



Nr. 12/2011

Dezember

Zum Jahreswechsel

- ❑ **Zum Jahreswechsel.** Seite 1
- ❑ **Kämmerertagungen zum Finanzausgleich.** Seite 3
- ❑ **Landtagsausschuss gegen Aufhebung der Altersgrenze.** Seite 4
- ❑ **Konversion: Kommunen brauchen Hilfe.** Seite 5
- ❑ **Informationsveranstaltung zur Energiewende.** Seite 6
- ❑ **Nürnberger Konferenz: Schule und Bildungsgerechtigkeit.** Seite 7
- ❑ **Kommunale Wälder erhalten Ausgleich vom Staat.** Seite 8

Nach einer bedrängenden Phase zwischen 2008 und 2010 bekamen Städte und Gemeinden in diesem Jahr wieder Luft: Die Kommunen können keine großen Sprünge machen, aber die prekäre kommunale Finanznot hat wegen der derzeit noch guten Wirtschaftskonjunktur an Schärfe verloren. Wenn auch die chronische strukturelle Unterfinanzierung als Problem erhalten bleibt, die akute Gefahr ist gelindert.

Der größte Erfolg des Jahres 2011 liegt im erfolgreichen Kampf um den Erhalt der Gewerbesteuer: Dank der Geschlossenheit von Städten und Gemeinden konnten die neuerlichen Vorstöße zur Abschaffung und Aushöhlung der wichtigsten kommunalen Steuer abgewehrt werden. Das unermüdliche Argumentieren seit März 2010 hat sich gelohnt; Resolutionen, Versammlungen und kontinuierliche Überzeugungsarbeit haben Früchte getragen. Der Städtetag hat gemeinsam mit seinen Mitgliedern und den anderen Verbänden gekämpft. Dies zeigt, was kommunale Spitzenverbände zu leisten vermögen. Und: Der bayerische Ministerpräsident hat Wort gehalten – die Kommunen konnten sich auf sein Versprechen beim Bayerischen Städtetag in Straubing im Juli 2010 verlassen, wonach es gegen den Willen der kommunalen Familie keine Abschaffung der Gewerbesteuer gibt.

Doch damit nicht genug: Erstmals ist in einen großen Kostenblock Bewegung gekommen. Bei den Sozialkosten hat der Bund bislang Jahr für Jahr den Kommunen neue Lasten auferlegt. Es

Impressum

Herausgeber:

Bayerischer Städtetag, Körperschaft des öffentlichen Rechts,
Prannerstraße 7, 80333 München

Briefanschrift: Postfach 10 02 54, 80076 München,

Tel. 089/29 00 87- 0, Fax: 089/29 00 87- 70

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Internet: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich: Geschäftsf. Vorstandsmitglied Reiner Knäusl

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

ist ein Zeichen der Fairness, dass sich Bundesfinanzminister Schäuble und die Gemeindefinanzkommission 2011 dazu durchgerungen haben, die Kosten der Grundsicherung Stück für Stück zu übernehmen. Hier hat die bayerische Schiene entscheidend mitgewirkt. Es geschah nicht zuletzt auf Drängen des Freistaats, dass der Teufelskreis der Aufgabenübertragungen vom Bund auf die Kommunen erstmals durchbrochen wird. Die Übernahme der Grundsicherung macht bundesweit eine Summe von 4 Milliarden Euro aus.

Die Grundsicherung im Alter hat in Bayern im Jahr 2010 netto knapp 485 Millionen Euro ausgemacht, verteilt auf Kreisfreie Städte (rund 40 Prozent), Landkreise (27 Prozent) und Bezirke (33 Prozent). Im Jahr 2011 wird die kommunale

Ebene in Bayern um 25 Prozent der Kosten der Grundsicherung vom Bund entlastet, 2012 und 2013 werden sie jeweils um weitere 30 Prozent entlastet und schließlich 2014 komplett entlastet. Dies ist ein deutlicher Beitrag zur Stabilisierung der kommunalen Haushalte.

Im Jahr 2012 stehen spannende Entscheidungen an: Die Energiewende hat die kommunale Familie bereits gefordert und wird die Kommunen auch weiter auf Trab halten. Die Erfolge von 2011 machen Mut für das kommende Jahr.

Wir wünschen Ihnen fröhliche Weihnachten und ein gutes Jahr 2012.

Dr. Ulrich Maly, Reiner Knäusl
und das Team der Geschäftsstelle

Zum Abschied

Sehr geehrte Leserinnen und Leser des Informationsbriefes,

dies ist die letzte Ausgabe des Informationsbriefes, für die ich als Geschäftsführer verantwortlich bin. Ich gehe zum 1.1.2012 in den Ruhestand und möchte mich von Ihnen verabschieden.

In meiner Dienstzeit haben Sie 75 Ausgaben des Informationsbriefes erhalten. Wir haben in dieser Zeit von dem reinen Printmedium auf den elektronischen Versand umgestellt. Mit einem Klick in unserem Internetauftritt können Sie die elektronische Version bestellen. Auch erscheint der IB öfters als in den früheren Jahren. Damit können wir Sie häufiger und aktueller informie-

ren. Dies ist das Verdienst vor allem unseres Pressesprechers wie auch des gesamten Teams. Für deren Leistung möchte ich mich bedanken.

Für Kritik und Vorschläge ist die Redaktion jederzeit offen. Ich bitte Sie, meinen Nachfolger, Herrn Bernd Buckenhofer, mit der gleichen konstruktiven Kritik und mit dem gleichen Interesse wie mich zu begleiten.

Reiner Knäusl
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Kämmerertagungen: Kommunaler Finanzausgleich 2012

Nicht alle Kommunen profitieren von gestiegenen Steuereinnahmen

Überwiegend positiv beurteilt wurde die Entwicklung der Kommunalfinanzen bei den Kämmerertagungen des Bayerischen Städtetags in den einzelnen Regierungsbezirken. Allerdings gilt dies nicht für alle Städte und Gemeinden in gleichem Maße. Insbesondere in Oberfranken wurde eine staatliche Strukturpolitik zur Ansiedlung von Arbeitsplätzen gefordert. Kritik wurde an der Umlagepolitik der Landkreise und Bezirke geübt.

Im Jahr 2011 ist eine positive Entwicklung der Steuereinnahmen zu verzeichnen. Unter dem Strich rechnen die bayerischen Kommunen mit einem Anwachsen der ihnen verbleibenden Gewerbesteuer von 5 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf 5,7 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Obwohl sich auf der Ausgabenseite ebenfalls eine Steigerung abzeichnet, kann insgesamt mit einem positiven Finanzierungssaldo gerechnet werden.

Die Kämmerer verweisen allerdings darauf, dass dieser positive Saldo wohl nicht ausreicht, um die aufgrund der Steuereinbrüche in den Jahren 2009 und 2010 aufgelaufenen Defizite abzudecken. In diesen beiden Jahren sind Defizite von 507 Millionen Euro in den städtischen Haushalten in Bayern aufgelaufen.

Nicht alle Städte profitieren von höheren Steuereinnahmen. Es wurde daher begrüßt, dass die kommunalen Spitzenverbände eine deutliche Erhöhung der Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich 2012 erreichen konnten. Die Schlüsselzuweisungen kommen gerade finanzschwachen Kommunen zu Gute.

Kritik haben die Kämmerer an der Höhe der Umlagen der Bezirke und Landkreise geübt. Es wurde moniert, dass trotz Steigerung der Umlagekraft und höherer Erstattungen vom Bund für die Grundsicherung vielerorts mit Erhöhungen der Umlagen zu rechnen ist. Die Kämmerer sehen zu wenig Bemühen der Landkreise und Bezirke, ihre Ausgabenpolitik kritisch zu durchleuchten.

Kontakt: bernd.buckenhofer@bay-staedtetag.de

Sie können den INFORMATIONSBRIEF auch elektronisch beziehen: www.bay-staedtetag.de gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „Elektronischer Abodienst“ und klicken „Informationsbrief und PR-Mitteilungen“ an, um sich anzumelden.

Kritik der kommunalen Spitzenverbände stößt nur bei Opposition auf Gehör

Landtagsausschuss gegen Aufhebung der Altersgrenze

Die Koalitionsmehrheit im Ausschuss für kommunale Fragen und Innere Sicherheit des Bayerischen Landtags hat nach einer vierstündigen, teilweise hitzigen Debatte die drei Kernforderungen der kommunalen Spitzenverbände zur Änderung des Kommunalwahlrechts abgelehnt.

Die kommunalen Spitzenverbände waren eigens zur Beratung in den federführenden Landtagsausschuss eingeladen worden, um ihre Haltung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung den Abgeordneten zu verdeutlichen. An erster Stelle stand für Städtetag und Landkreistag die Forderung nach einer kompletten Aufhebung der Altersgrenze für berufsmäßige Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte.

Der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Reiner Knäusl, kritisierte die Altersdiskriminierung als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und die Menschenwürde. Diese Grenze gibt es weder für ehrenamtliche Bürgermeister noch für Abgeordnete, Minister oder den Ministerpräsidenten. Nicht der Gesetzgeber solle über die Wiederwahl entscheiden, sondern der mündige Wähler. Wenn das passive Mindestwahlalter auf 18 Jahre nach unten gesenkt werde, müsse auch die Höchstaltersgrenze von 67 hinterfragt werden. Der Gesetzgeber dürfe einem 67-Jährigen nicht weniger zutrauen als einem 18-Jährigen.

Der Präsident des Landkreistags, Landrat Dr. Jakob Kreidl, forderte, die Arroganz und Ignoranz der Macht endlich zu beenden. Unverständlich sei, wenn der Wunsch nach einer Aufhebung der Altersgrenze ignoriert werde. Vor allem kritisierte Kreidl, dass die geplante Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre nicht schon zur nächs-

ten Kommunalwahl 2014, sondern erst 2020 in Kraft treten soll.

Während die Oppositionsparteien die Position der kommunalen Spitzenverbände einhellig unterstützten, blieben die Abgeordneten der Koalitionsparteien CSU und FDP bei ihrer ablehnenden Haltung. Laut Jörg Rohde (FDP) gab es in der FDP-Fraktion zwar eine kleine Mehrheit für die Streichung der Altersgrenze, allerdings hatte man sich gegenüber der CSU aus Koalitionsrason an die Fraktionsdisziplin gehalten.

Auf Ablehnung stießen auch die beiden weiteren kommunalen Kernforderungen. Gegen den Widerstand der Spitzenverbände soll nicht nur der Ortsbezug bei der Wahl ehrenamtlicher Bewerber gelockert werden, sondern obendrein auch noch der wichtige Grund als Kriterium für den Rücktritt fallen. Damit wird aus Sicht der Spitzenverbände das Ehrenamtsmandat nicht nur entwertet, sondern einer Missbrauchsgefahr durch prominente Stimmenfänger ausgesetzt. Künftig genügt bereits ein Nebenwohnsitz, um sich für die Wahl aufstellen zu lassen. Und nach erfolgreicher Wahl kann man sich künftig auch noch ohne wichtigen Grund vom Acker machen.

Die endgültige Verabschiedung des Gesetzentwurfs im Landtagsplenum soll Anfang Februar 2012 erfolgen.

Kontakt: manfred.riederle@bay-staedtetag.de

Schließung von Kasernen: Kommunen brauchen Hilfe bei Konversion

Der Abzug von Truppen hinterlässt Lücken in den Städten

Im Oktober 2011 stellte Verteidigungsminister de Maizière das Stationierungskonzept der Bundeswehr vor. Allein in Bayern werden drei Standorte geschlossen, mehrere Standorte werden so stark verkleinert, dass dies einer Schließung gleich kommt. Der Truppenabzug hinterlässt Lücken, nicht nur in räumlicher Hinsicht. Viel schwerer wiegen der Verlust eines Arbeitgebers und in der weiteren Folge an Kaufkraft. Die betroffenen Städte und Gemeinden benötigen bei der Bewältigung der Folgen des Abzugs Handlungsspielräume. Dabei müssen Bund und Land mithelfen.

Den Städten und Gemeinden obliegt es als Trägerinnen der Planungshoheit, Nutzungsvorstellungen zu entwickeln und planerisch umzusetzen, um die strukturpolitischen, wirtschaftlichen und auch sozialen Folgen des Truppenabzugs zu kompensieren.

Die von Kasernenschließungen betroffenen Städte und Gemeinden werden vom Bund in diese Rolle gedrängt, ohne dass sie am Stationierungskonzept des Bundes mitwirken konnten. Deshalb ist der Bund als Verursacher des Konversionsprozesses gefordert, den Kommunen Handlungsspielräume einzuräumen und einen Rahmen zu gewähren, der sie bei der Findung und Umsetzung einer Anschlussnutzung unterstützt.

Auf Grundlage des geltenden Rechts ist diese Unterstützung nicht gewährleistet, im Gegenteil: Anders als in zurückliegenden Konversionswellen ist nicht sichergestellt, dass frei werdende Liegenschaften zunächst der betroffenen Kommune zum Kauf angeboten werden. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) als Nachfolgerin der Bundesvermögensverwaltung

ist haushaltsrechtlich zur Gewinnoptimierung angehalten. Die Mittel der Städtebauförderung wurden zwar insgesamt angehoben, im maßgeblichen Programm „Stadtumbau West“ aber gesenkt.

Aber auch der Freistaat ist in der Verantwortung, ruft er doch im künftigen Landesplanungsgesetz an exponierter Stelle die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen im ganzen Staatsgebiet aus.

Die Geschäftsstelle des Bayerischen Städtetags hat in Vollzug des Vorstandsbeschlusses vom 8. November 2011 den Bund aufgefordert, einen genauen Zeitplan des Truppenabzugs bekannt zu geben und den betroffenen Städten und Gemeinden ein Erstzugriffsrecht bei vergünstigten Erwerbsmodalitäten in Anlehnung an die Vergünstigungssätze vorangegangener Konversionswellen einzuräumen. Ebenso ist sie an Bund und Freistaat herantreten, um umfassende Förderprogramme einzufordern.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Informationsveranstaltung des Bayerischen Städtetags

Umsetzung der Energiewende in Städten und Gemeinden

Der Bayerische Städtetag lädt ein zu einer Informationsveranstaltung „Umsetzung der Energiewende in den Städten und Gemeinden“ am Freitag, 20. Januar 2012, 9:00 Uhr bis 17:15 Uhr in Nürnberg, Marmorsaal des Presseclubs Nürnberg, Gewerbemuseumsplatz 2.

Städte und Gemeinden haben bei der Umsetzung der von Bund und Land initiierten Energiewende eine Schlüsselrolle. Der Informationsbedarf ist hoch, der Erwartungsdruck an die Kommunen groß. Daher informieren der Bayerische Städtetag, der Verband der kommunalen Unternehmen Bayern, die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Energieagenturen und die bayerische Akademie für Verwaltungsmanagement aus erster Hand.

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, hält ein Statement über die Energiewende als Herausforderung und Chance für Städte und Gemeinden. Umweltminister Dr. Marcel Huber informiert über die aktuellen Entwicklungen des bayerischen Energiekonzepts. Der Leiter der Bayerischen Energieagentur, Ministerialrat Robert Götz vom Bayerischen Wirtschaftsministerium, informiert über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Staatlichen Energieagentur. Anschließend diskutieren Maly, Huber und Götz auf dem Podium.

Unter dem Motto „Von den Potentialen zur Umsetzung“ referiert Prof. Dr. Gerhard Hausladen von der Technischen Universität München über Energienutzungspläne und Energieleitplanung; Erich Maurer von der Energieagentur Nordbayern spricht über die ökonomischen Rahmenbedingungen bei der Umsetzung; einen Bericht

aus der Praxis gibt Erster Bürgermeister Benedikt Bisping, Stadt Lauf a. d. Pegnitz.

Aktuelles zum Planungs- und Genehmigungsverfahren erläutert Ingrid Simet von der Obersten Baubehörde; über Immissions- und Naturschutzrecht referiert Dr. Monika Kratzer vom Umweltministerium. Über Finanzierungsmodelle und neue Formen der Zusammenarbeit im Rahmen von Genossenschaftslösungen, Fonds sowie Klimaschutzbriefen informieren Franz Schonlau von Bayerngrund, Andrea Bastian vom Sparkassenverband Bayern und Matthias Exner von den Erlanger Stadtwerken. Darüber hinaus geht es um Kooperationen von Gemeinden und Stadtwerken (Joachim Martini und Achim Thiel von der Energieallianz Bayern).

Zielgruppe der Veranstaltung sind Oberbürgermeister, Bürgermeister, Leitende Verwaltungsbeamte und Werkleiter von Stadtwerken.

Für Mitglieder des Bayerischen Städtetags und der VKU-Landesgruppe Bayern beträgt die reduzierte Tagungsgebühr 110,00 Euro, ansonsten 150,00 Euro. Organisation und Anmeldung bei: Bayerische Akademie für Verwaltungsmanagement, Gertraud Kast, Tel.: 089/2126-7420, E-Mail: kast@verwaltungsmanagement.de, <http://www.verwaltungsmanagement.de/index.php?tagungen-2012>

Kontakt: thomas.kostenbader@bay-staedtetag

Dritte Nürnberger Bildungskonferenz

Schule und Bildungsgerechtigkeit

Was Politik und Verantwortliche für Bildung schon lange beschäftigt, bestätigt der erste Nürnberger Bildungsbericht: Bildungserfolg und soziale Herkunft sind eng miteinander verknüpft. Die Untersuchung, die im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ entstand und unter dem Titel „Bildung in Nürnberg 2011“ im Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, weist – gestützt auf Daten und Indikatoren – auf die zentrale Herausforderung für das Bildungssystem hin: Wie können Zugänge zu Bildung und Teilhabe an Bildung unabhängig vom sozialen und materiellen Status der Eltern für alle jungen Menschen garantiert werden.

Diese Fragestellung richtet sich an das Schulsystem als die Instanz, die formale Bildungsabschlüsse attestiert. Die 3. Nürnberger Bildungskonferenz im Oktober stand unter dem Thema „Schule und Bildungsgerechtigkeit“.

Zum Auftakt bezogen Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Kornelia Haugg vom Bundesministerium für Bildung und Forschung Stellung gegen die soziale Bedingtheit von Bildungserfolgen. Beide forderten eine gerechtere Verteilung der Chancen.

Kritisch setzte sich der emeritierte Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Professor Dr. Wolfgang Edelstein, mit Schule in Deutschland auseinander: Eine zu frühe Auslese führe zu Ergebnissen, die Bildungsgerechtigkeit verletzen. Schule als Lern- und Lebensraum werde oft den Bedürfnissen von Kindern nicht gerecht. In sechs Foren wurde diskutiert: die Herausforderungen kultureller Diversität in der Schule, die durch den Föderalismus geprägte Vielfalt im Bildungswesen, die Rolle von Privatschulen, der Beitrag von Ganztagschulen zu mehr Bildungsgerechtigkeit, die inklusive Schule

für alle und die Stellung des Religionsunterrichts in einer multikulturellen Stadt.

Prof. Jukka Sarjala, ehemaliger Leiter des finnischen Zentralamtes für Bildungswesen, präsentierte das Konzept der Gemeinschaftsschule. Diese Schule durchlaufen alle Schüler neun Jahre lang gemeinsam. Die finnische Bilanz weist in internationalen Vergleichstests ein hohes Leistungsniveau auf und bringt bessere Ergebnisse für Schwächere als in anderen Ländern. Sie zeige damit, dass sich Leistungsorientierung, Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung keineswegs ausschließen. Als wichtige Rahmenbedingungen nennt Sarjala hoch motivierte Lehrkräfte, Psychologen, Sozialpädagogen, Förderfachkräfte und eine klare kommunale Zuständigkeit für Bildung bei ausreichender gesamtstaatlicher Finanzierung.

Bei der Podiumsdiskussion lieferten sich Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Peter Müller, Amtschef im Bayerischen Kultusministerium, Uwe Schummer, Obmann der CDU-Fraktion im Bildungsausschuss des Bundestages und Dr. Ulrich Maly als Vorsitzender des Bayerischen Städtetages einen informativen Schlagabtausch über Wege zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Alle waren sich einig: Die Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muss verbessert werden.

Die Dokumentation der Bildungskonferenz sowie ein Bestellformular für den Nürnberger Bildungsbericht unter:

www.lernenvorort.nuernberg.de

Neuer Kommunalwaldpakt ist unterzeichnet

Kommunale Wälder erhalten Ausgleich vom Staat

Der Städtetagsvorsitzende und der Gemeindegatspräsident haben mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem Landwirtschaftsminister am 08.12.2011 einen neuen Kommunalwaldpakt unterzeichnet. Der Pakt stellt sicher, dass ab 2012 alle Kommunen für die gesetzlich vorgeschriebene vorbildliche Bewirtschaftung ihrer Wälder einen Gemeinwohlausgleich vom Staat erhalten. Damit wird eine seit 2007 bestehende Ungleichbehandlung der Kommunen gemildert: Damals waren als Folge der Forstreform die Zuschüsse für kommunales Forstpersonal eingestellt worden, jetzt erhalten auch diejenigen Kommunen ein Flächenentgelt vom Staat, die ihre Wälder mit eigenem Personal oder durch Dritte bewirtschaften.

Seit der Forstverwaltungsreform 2005, bei der auch ein Personalabbau bei den staatlichen Forstbehörden von 20 Prozent bis zum Jahr 2019 beschlossen wurde, besteht zwischen dem Staatswald einerseits und den kommunalen Wäldern andererseits sowie innerhalb der Kommunalwälder eine Gerechtigkeitslücke beim Ausgleich für Gemeinwohlleistungen. Während der Staatswald hierfür Unterstützung erhält, war dies bislang nur bei einem Teil der Kommunalwälder der Fall.

Der Staat erkennt bislang bei den Kommunen, deren Wälder von staatlichen Förstern bewirtschaftet werden, die Erbringung von Gemeinwohlfunktionen in Höhe von 40 Prozent des Aufwands an. Dies geschieht dadurch, dass der Staat die Entgelte für die staatliche Betriebsleitung und Betriebsausführung der Kommunalwälder in deren Endstufe im Jahr 2016 dann als „kostendeckend“ anerkennt, wenn sie 60 Prozent der für den Staat entstehenden Personalaufwendungen erreicht haben. Der neue Pakt garantiert dies den Kommunen weiter, die trotz Personalabbaus

bei den staatlichen Förstern auch künftig in den Genuss staatlicher Bewirtschaftung ihrer Wälder kommen.

Neu ist, dass jetzt auch die Kommunen, die ihre Wälder durch eigenes oder fremdes Personal bewirtschaften lassen, als Gemeinwohlausgleich ein Flächenentgelt von 7,80 Euro je Hektar Holzbodenfläche und Jahr für Betriebsleitung und Betriebsausführung sowie von 6,50 Euro je Hektar Holzbodenfläche und Jahr für die Betriebsausführung allein erhalten. Diesen Ausgleich erhalten auch die Kommunen, die nicht mehr in den Genuss staatlicher Beförderung kommen können, weil der Staat vor Ort bereits Personal abgebaut hat.

Der Bayerische Städtetag und der Bayerische Gemeindegats tag bemühen sich seit 2009 intensiv um eine politische Lösung dieser Gerechtigkeitslücke. Die Maximalforderung, einheitlich für alle Kommunalwälder eine Anerkennung der Gemeinwohlleistungen in Höhe von 40 Prozent zu erreichen, die ihre Wälder mit eigenem Personal oder durch Dritte bewirtschaften, war nicht durchsetzbar. Die Städte und Gemeinden haben mit der jetzt gefundenen Lösung immerhin Planungssicherheit bis zum Jahr 2019. Dann sollen die Auswirkungen des Pakts evaluiert werden.

Kontakt: thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de

Werterhalt von Quartieren

Private Immobilieneigentümer sind Partner in der Quartiersentwicklung. Für eine Entwicklung von Städten reichen häufig kommunale Maßnahmen im öffentlichen Raum nicht mehr aus. Privates Engagement kann einen Beitrag zur Stabilisierung und Aufwertung von Wohnquartieren leisten. Ein abgestimmtes Handeln und eine Zusammenarbeit von Eigentümern ist sinnvoll, um einen Abwärtstrend zu stoppen. Mittlerweile liegen Erfahrungen aus den Modellprojekten des Bundes zu „Eigentümerstandortgemeinschaften“ (ESG) vor. Darüber informiert die Regionalkonferenz „Werterhalt von Wohnimmobilien und Quartieren durch gemeinschaftliches Handeln von Eigentümern“ am Dienstag, den 31. Januar 2012 in Heilbronn am Neckar. Die Veranstaltung will Chancen eines gemeinschaftlichen Handelns von Immobilieneigentümern zeigen. Eingeladen sind Vertreter von Kommunen und Haus & Grund Ortsvereinen in Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Info unter: www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Forschungsfelder/2009/Eigentuemerstandortgemeinschaften/09__Veranstaltungen.html

Engagementpreis für Augsburg

Zum Abschluss des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit hat das Bündnis für Gemeinnützigkeit in Berlin den Deutschen Engagementpreis in sechs Kategorien verliehen. In der Kategorie Politik und Verwaltung ging der Preis an die Stadt Augsburg mit dem Bündnis für Augsburg. Im Bündnis für Augsburg arbeiten Bürgerschaft, Verwaltung, Politik und Wirtschaft an der Gestaltung ihres Gemeinwesens und entwickeln zahlreiche innovative Projekte zur Engagementförderung. Träger des Deutschen Engagementpreises ist das Bündnis für Gemeinnützigkeit.

Persönliche Nachrichten

Wahlen

Neu gewählt wurde Erster Bürgermeister **Sandro Bauer**, Furth im Wald.

Geburtstage

Im Dezember 2011 feiern

den 80. Geburtstag: Altoberbürgermeister **Dr. jur. Josef Höß**, Kempten,

den 70. Geburtstag: Oberbürgermeisterin a. D., Stadträtin **Christa Meier**, Regensburg, Mitglied im Schulausschuss des Bayerischen Städtetags,

den 65. Geburtstag: Bürgermeisterin **Christa Courvoisier**, Schwabmünchen, **Reiner Knäusl**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister **Georg Rosenthal**, Würzburg, Bezirksvorsitzender des Bayerischen Städtetags im Regierungsbezirk Unterfranken, Erste Bürgermeisterin **Elisabeth Ziegler**, Oberschleißheim,

den 60. Geburtstag: Bürgermeisterin **Marlene Hof-Hippke**, Wasserburg a. I., Erster Bürgermeister **Paul Iacob**, Füssen, Erster Bürgermeister **Franz Kukla**, Gundelfingen a. d. D.

Termine

- 11.01.2012 Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
- 17.01.2012 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 18.01.2012 **Bau- und Planungsausschuss** in München
- 19.01.2012 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 19.01.2012 **Finanzausschuss** in München
- 20.01.2012 **Informationsveranstaltung** des Bayerischen Städtetags, des VKU Bayern und der Bayerischen Akademie für Verwaltungsmanagement zur **Umsetzung der Energiewende** in den Städten und Gemeinden in **Nürnberg**
- 24.01.2012 **Bezirksversammlung Schwaben** in Friedberg
- 27.01.2012 **Gemeinsame Sitzung** des **Umweltausschusses** und **Wirtschafts- und Verkehrsausschusses** des Bayerischen Städtetags zum Thema „Energiepolitik“ im Rathaus München
- 10.02.2012 **Vorstand** in München
- 14.02.2012 **Pressekonferenz** in München
- 29.02.2012 **Bezirksversammlung Oberpfalz** in Amberg
- 06.03.2012 **Sozialausschuss** in Würzburg
- 22.03.2012 **Gesundheitsausschuss** in Passau
- 27.03.2012 **Bezirksversammlung Unterfranken** in Marktbreit
- 29.03.2012 **Sportausschuss** in Bad Windsheim
- 19.04.2012 **Bezirksversammlung Mittelfranken** in Erlangen
- 20.04.2012 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss**
- 24.04.2012 **Kulturausschuss** in München
- 25.04.2012 **Forstausschuss** in Kernath
- 08.05.2012 **Vorstand** in München
- 10.05.2012 **Pressekonferenz** in München

16.05.2012	Arbeitskreis Kommunale Verkehrsüberwachung in Schweinfurt
06.06.2012	Arbeitskreis Planen und Bauen in München
14.06.2012	Bau- und Planungsausschuss in München
21.06.2012	Wirtschafts- und Verkehrsausschuss
17./18.07.2012	Vorstand in Schweinfurt
18./19.07.2012	BAYERISCHER STÄDTETAG in Schweinfurt
10.10.2012	Arbeitskreis Planen und Bauen in München
11.10.2012	Sportausschuss in Baiersdorf
11.10.2012	Wirtschafts- und Verkehrsausschuss

Abgeschlossen am 12. Dezember 2011

Wechsel in der Geschäftsführung des Bayerischen Städtetags

Bernd Buckenhofer wird ab 1. Januar 2012 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags. Er tritt die Nachfolge von Reiner Knäusl an, der Ende Dezember 2011 mit Vollendung seines 65. Lebensjahres in den Ruhestand tritt. Knäusl amtiert seit 1. Februar 2005.

Reiner Knäusl trat nach der 2. juristischen Staatsprüfung in die Dienste des Freistaats Bayern als Staatsanwalt und Richter. 1977 verließ er den Staatsdienst und wurde selbständiger Anwalt in München. 1980 wechselte er als Referent zum Bayerischen Städtetag. Weitere Stationen waren die Freie und Hansestadt Hamburg, die Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bayerischen Landtag und seit 1990 die Landeshauptstadt

München. Dort arbeitete Knäusl acht Jahre als Sozialamtsleiter. Von 2001 bis 2005 war er Stellvertreter des Kreisverwaltungsreferenten in München und leitete als Stadtdirektor die Hauptabteilung Straßenverkehr.

Bernd Buckenhofer wurde am 18. Dezember 1959 in Nattheim geboren. Nach der 2. juristischen Staatsprüfung trat er in die Dienste des Freistaates Bayern als Akademischer Rat an der Universität Augsburg. Anschließend wechselte er 1991 als Referent zum Bayerischen Städtetag. Nach Stationen als Umwelt- und Ordnungsreferent und als Sozialreferent leitete er seit 2004 das Finanzreferat des Verbandes. Seit 2007 war er außerdem stellvertretender Geschäftsführer.